



www.polizei.nrw.de :Innere Sicherheit

Landespreis **2003** für Innere Sicherheit

Ordnungspartnerschaften in Nordrhein-Westfalen

Hinweis

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie auch für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Partei sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitarbeiter bleibt hiervon unberührt.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

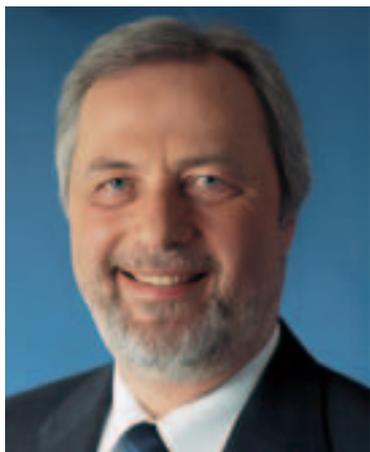


Inhalt

Vorwort	4
Ordnungspartnerschaften – Modell mit Tradition	5
Der Wettbewerb	7
Ordnungspartnerschaft Essen „Gemeinsam aktiv für Essen – Sicherheit und Hilfe im gesellschaftlichen Konsens“	8
Ordnungspartnerschaft Köln (BR) „Mehr Sicherheit im LKW-Verkehr“	10
Ordnungspartnerschaft Bochum „Zivilcourage“	12
Ordnungspartnerschaft Mönchengladbach „K!DS IN MG – Sicher unterwegs!“	14
Ordnungspartnerschaft Köln Sicheres Köln – Projekt „Netzwerk gegen häusliche Gewalt“	16
Ordnungspartnerschaften – Gemeinsam zum Ziel	18
Chronik Ordnungspartnerschaften in NRW	22
Impressum	24



Vorwort



Als 1997 die Initiative „Ordnungspartnerschaften in Nordrhein-Westfalen – Mehr Sicherheit in Städten und Gemeinden“ ins Leben gerufen wurde, haben manche gezweifelt, aber nicht wenige gehofft, dass sich die Grundidee der Ordnungspartnerschaft landesweit durchsetzt. Heute – nach sechs Jahren praktischer Erfahrung – zweifelt niemand mehr daran: mit unseren mehr als 840 Ordnungspartnerschaften haben wir zwischenzeitlich ein wirksames Modell für mehr Sicherheit in Nordrhein-Westfalen eingerichtet. Ordnungspartnerschaften gehören zum Alltag einer erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen kommunalen Partnern und der örtlichen Polizei.

Diese überaus positive Entwicklung hat mich darin bestärkt, außergewöhnliche Leistungen für mehr Sicherheit in den Städten und Gemeinden des Landes zu prämiieren. Dazu habe ich einen ersten Landeswettbewerb ausgeschrieben, den wir mit dieser Broschüre dokumentieren wollen. Mit den Kreispolizeibehörden aus Bochum, Essen, Köln und Mönchengladbach sowie mit der Autobahnpolizei der Bezirksregierung Köln werden Wettbewerbsteilnehmer ausgezeichnet, die beispielhafte Ordnungspartnerschaften im Sinne einer bürgerorientierten, rechtsstaatlichen und professionellen Polizeiarbeit entwickelt und erfolgreich umgesetzt haben. Ihnen gilt mein besonderer Dank.

Mein besonderer Dank gilt aber auch allen weiteren Wettbewerbsteilnehmern wie allen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die sich in den vielfältigsten Ordnungspartnerschaften vor Ort für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger einsetzen.

Öffentliche Sicherheit ist nicht allein eine Aufgabe der Polizei. Sie ist eine Gemeinschaftsaufgabe aller Verantwortungsträger in Staat und Gesellschaft. Der Gedanke der Ordnungspartnerschaft spiegelt diese Verantwortung eindrucksvoll wider. Ordnungspartnerschaften werden deshalb auch weiterhin ein fester Bestandteil der Politik für mehr öffentliche Sicherheit und Ordnung in Nordrhein-Westfalen bleiben.

A handwritten signature in blue ink, which appears to read "Fritz Behrens". The signature is fluid and cursive.

Dr. Fritz Behrens

Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Ordnungspartnerschaften Ein Modell mit Tradition

Öffentliche Sicherheit und Ordnung sind von entscheidender Bedeutung für Freiheit und Recht in einer demokratischen Gesellschaftsordnung. Sie zu gewährleisten ist in erster Linie eine Aufgabe der Polizei. Öffentliche Sicherheit und Ordnung sind darüber hinaus Aufgaben, die nur in einer gemeinsam getragenen Verantwortung zusammen mit der Politik, den gesellschaftlich relevanten Gruppen und Verbänden, den Städten und Gemeinden und den einzelnen Bürgerinnen und Bürgern erfolgreich gestaltet werden können.

Diesen Gedanken verkörpert idealtypisch die Idee der Ordnungspartnerschaft. Die Initiative „Ordnungspartnerschaften in Nordrhein-Westfalen - Mehr Sicherheit in Städten und Gemeinden“ wurde 1997 gestartet und hat sich schon nach einem Jahr zu einer Landesinitiative weiterentwickelt.

Seit mittlerweile sechs Jahren wird intensiv für die Gründung von Ordnungspartnerschaften geworben, um damit Problemen wie etwa Farbschmierereien und Graffiti, Vandalismus oder Pöbeleien, unverhohlenem Drogenkonsum und exzessivem Alkoholgenuss aber auch von zunehmend aggressivem Verhalten entgegenzutreten zu können. Die konkreten Erfahrungen zeigen: Durch die Zusammenarbeit von Polizei und – in erster Linie – kommunalen Behörden mit ihren Ordnungs-, Sozial- und Jugendämtern, aber auch mit dem Bundesgrenzschutz, den Verkehrsbetrieben, Schulen, mit dem Einzelhandel oder Drogen- und andere Beratungsstellen lassen sich Sicherheit und Ordnung nachweisbar verbessern.

Der anfängliche Grundgedanke der Ordnungspartnerschaft hat sich in der Zwischenzeit zu einem Modell mit Tradition gewandelt. Mittlerweile kann insgesamt auf über 840 größere und kleinere ordnungspartnerschaftliche Projekte verwiesen werden. Das thematische Spektrum dieser Projekte ist groß. Das belegen allein schon die eingereichten Projekte der Bewerber um den Landespreis für Innere Sicherheit. Das ist aber auch ein Beleg dafür, dass die konkreten Probleme vor Ort sich unterschiedlich darstellen und vornehmlich Konzepte für die lokale Sicherheit Lösungsansätze bieten.

Die vielfältigen Ordnungspartnerschaften in den Städten und Gemeinden Nordrhein-Westfalens machen also



POLIZEI
in Nordrhein-Westfalen



5

Bürgerorientiert.
Professionell.
Rechtsstaatlich.





deutlich, dass der Gedanke, sich in gemeinschaftlicher Verantwortung auch schon unterhalb der Grenze zur Straftat für mehr Schutz und Sicherheit einzusetzen, tatsächlich auf einen breiten gesellschaftlichen Konsens stützen kann. Ordnungspartnerschaften greifen die praktischen Fragestellungen auf und bringen die Beteiligten an einen Tisch, die für einen angestrebten Erfolg einen konkreten Beitrag leisten können.

Die gesamte Entwicklung zeigt, dass mit dieser Form von mehr Partnerschaft und Präsenz vor Ort ein neues Instrument zur Verbesserung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung wirkungsvoll genutzt werden konnte. Mit den Ordnungspartnerschaften ist deshalb eine überzeugende Ergänzung zu den ebenfalls in vielen Städten und Gemeinden eingerichteten „Kriminalpräventiven Räten“ gelungen. In den „Kriminalpräventiven Räten“ sind Repräsentanten aus allen vor Ort verantwortlichen Einrichtungen und Initiativen vertreten. Ihre Aufgabe besteht darin, durch systematische Analyse örtliche Problemfelder zu erkennen und geeignete Präventionsmaßnahmen auf den Weg zu bringen sowie die Ergebnisse auszuwerten. In vielen Fällen sind die „Kriminalpräventiven Räte“ als Lenkungsgremien eingerichtet und

unterstehen dem persönlichen Engagement von Bürgermeisterinnen oder Bürgermeistern oder den Leiterinnen und Leitern von Kreispolizeibehörden.

Rückmeldungen aus der Bevölkerung und von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zuständiger Behörden und beteiligter Institutionen bestätigen, dass Ordnungspartnerschaften geeignet sind, die öffentliche Sicherheit und Ordnung wirksam zu verbessern. Ordnungspartnerschaften werden deshalb mit der bürgerorientierten Polizeiarbeit weiterentwickelt und ausgebaut. Dieser Ansatz geht davon aus, dass es in Zukunft immer wichtiger wird, die Zusammenarbeit in solchen komplexen Aufgabenbereichen wie der öffentlichen Sicherheit und Ordnung mit Ziel der Bündelung von Kompetenzen, Wissen, Erfahrung und Ressourcen noch stärker zu vernetzen.

Der Wettbewerb

23 Städte, Kreise und die Bezirksregierung Köln haben sich mit 29 Ordnungspartnerschaften für den Landespreis 2003 „Innere Sicherheit“: Ordnungspartnerschaften in Nordrhein-Westfalen beworben. Die Auswahl der Preisträger erfolgte im Innenministerium durch eine fachlich besetzte Jury, der Vertreterinnen und Vertreter des Landespräventionsrates NRW, des ADAC sowie des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen. Alle 29 Ordnungspartnerschaften wurden nach Zielerreichung, Originalität und Wirtschaftlichkeit bewertet. Aus den eingegangenen Bewerbungen wurden letztlich fünf beispielhafte Ordnungspartnerschaften zur Auszeichnung vorgeschlagen.

Ausgezeichnet werden die Ordnungspartnerschaften:

- Essen „Gemeinsam aktiv für Essen – Sicherheit und Hilfe im gesellschaftlichen Konsens“
- Bezirksregierung Köln (Autobahnpolizei) „Mehr Sicherheit im LKW-Verkehr“
- Bochum „Zivilcourage“
- Mönchengladbach „K!ds in MG – Sicher unterwegs!“
- Köln „Sicheres Köln – Projekt „Netzwerk gegen häusliche Gewalt“

Die Ordnungspartnerschaften werden auf den Folgeseiten näher vorgestellt.

Weitere Informationen zu den ausgezeichneten Ordnungspartnerschaften finden Sie im Internet unter

<http://www.polizei.nrw.de/im/wir/ordnungspartner.html>.

Bezirksregierung Köln	Mehr Sicherheit durch weniger LKW-Unfälle
Bielefeld	Sicheres Bielefeld – Fünf Ordnungspartnerschaften
Bochum	Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit in der Innenstadt
Bochum/BOGESTRA	Zivilcourage
Brakel	Sicheres Wohnen/Ausländerintegration
Brühl	Graffiti
Dortmund	City-Wache
Düsseldorf	Messe
Ennepe-Ruhr-Kreis	Gut drauf – Sicherheit und Gesundheit für Kinder in der Primarstufe
Erfstkreis	Eisbrecher
Essen	Gemeinsam aktiv für Essen
Gelsenkirchen/BOGESTRA	Doppelpass gegen Fußballgewalt
Hagen	Kinderunfälle – Aktionen „Blitz“ und „Patenschaften“
Halver	Sicherheit in Halver
Hamm	Mehr Sicherheit bei der Benutzung des ÖPNV durch Schülerinnen und Schüler
Hamm	Verbesserung und Stärkung des Sicherheitsgefühls in der Innenstadt der Stadt Hamm
Köln	(Sicheres Köln) – Sieben Ordnungspartnerschaften
Krefeld	Krefelder Fairkehr
Mönchengladbach	K!ds in Mönchengladbach
Münster	Graffiti
Siegen	Soziale, gesunde, sichere Stadt
Stolberg (Rheinland)	Sichere Schulbushaltstellen
Unna	Schule und Polizei in Bergkamen
Viersen	Ordnungspartnerschaft Scheunenfete
Wuppertal	Bekämpfung des Taschendiebstahls auf öffentlichen Wegen und Plätzen und im Bereich des ÖPNV
Wuppertal	Arbeitskreis „Jugendpädagogik in Solingen“
Wuppertal	Es geht um uns – Kinder
Herzogenrath	Grenzüberschreitende Ordnungspartnerschaft
Neuss	Sichere Innenstadt



Ordnungspartnerschaft „Gemeinsam aktiv für Essen – Sicherheit und Hilfe im gesellschaftlichen Konsens“

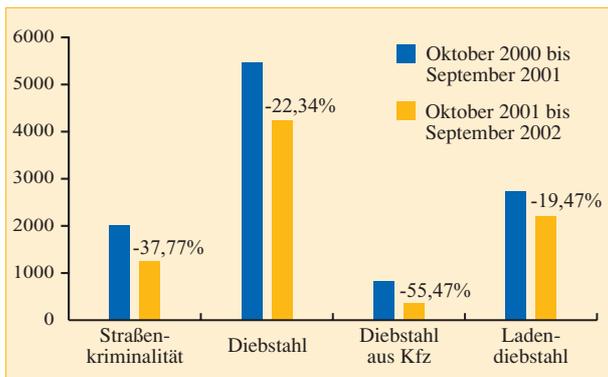
Anfang der neunziger Jahre entwickelte sich in Essen rund um den Hauptbahnhof, vor allen an der Südseite und im weiteren Verlauf auch an verschiedenen Orten im Stadtkern eine offene Szene. Für jedermann sichtbar: Rauschgiftabhängige, Drogenhändler, Prostituierte, Nichtsesshafte, jugendliche Trebegänger und alkoholisierte Menschen. Zum alltäglichen Bild gehörte zudem eine immer weniger hinnehmbare Verschmutzung des gesamten Bahnhofumfeldes.

Für 58,1 Prozent der Bürgerinnen und Bürger war der Hauptbahnhof ein unsicherer Ort. Das ergab eine 1996 durchgeführte Regionalanalyse. Das Sicherheitsgefühl wurde vornehmlich durch aggressives Betteln, Herumliegen betrunkenener oder hilfloser Personen, lautstarke Streitigkeiten in der Szene sowie Verstöße gegen das Abfallbeseitigungsgesetz beeinträchtigt. Polizei, Stadt Essen, Hilfsorganisationen, die Verkehrsbetriebe und der Bundesgrenzschutz trafen bis dahin einzelne, isolierte Maßnahmen zur Eindämmung der Szeneauswirkungen.



Im Jahr 2000 hat man sich zu einer Ordnungspartnerschaft zusammengeschlossen und folgende Ziele klar definiert:

- : Eine deutliche und dauerhafte Reduzierung der offenen Szene am Hauptbahnhof und in der Innenstadt.
- : Die Entstehung einer Szene in vergleichbarer Größe an anderen Plätzen in der Stadt ist verhindert.
- : Suchtkranken Menschen sind wirksame Hilfsangebote gemacht, um ihnen den Ausstieg aus dem sozialen Elend zu ermöglichen.



Bei allen Entscheidungen wurden die Konsequenzen für die öffentliche Sicherheit aber auch die sozialen und gesundheitlichen Folgen für betroffene Suchtkranke und Szenemitglieder berücksichtigt. Die Ordnungspartner hatten deshalb besonderen Wert darauf gelegt, dass die Auflösung der offenen Szene durch die Bereitstellung vielfältiger, mitunter zusätzlicher Hilfsangebote begleitet wurde, um den Betroffenen wichtige und vor allem annehmbare Alternativen an anderer Stelle der Stadt zu bieten.

Das Konzept der Ordnungspartnerschaft ist aufgegangen. Durch koordinierte Maßnahmen aller Beteiligten

werden die Hilfsangebote von den Betroffenen angenommen. Die Szene ist aufgelöst und die Kriminalität in der Innenstadt ist deutlich zurückgegangen. Die Entstehung einer neuen Szene in vergleichbarer Größe an anderen Plätzen in der Stadt konnte verhindert werden. Die Ordnungspartnerschaft besteht weiterhin und ist jederzeit in der Lage, auf aktuelle Probleme zeitnah zu reagieren.

Mehr Informationen zum Konzept der Ordnungspartnerschaft „Gemeinsam aktiv für Essen“ und weitere Hinweise finden Sie unter

<http://www.polizei.nrw.de/im/wir/ordnungspartner.html>



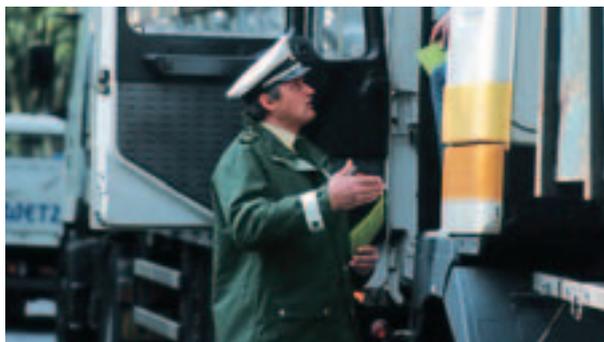


Ordnungspartnerschaft „Mehr Sicherheit im LKW-Verkehr“

Auf den Bundesautobahnen im Regierungsbezirk Köln nahmen von 1993 bis 1999 die durch LKW verursachten Verkehrsunfälle um 74,27 % zu. Neben dem durch LKW-Unfälle entstanden menschlichen Leid und hohen Sachschäden kam es regelmäßig zu enormen Verkehrstaus im stark befahrenen Autobahnnetz rund um Köln.

Gezielte Unfallanalysen zeigten, dass unter anderem technische Mängel, zu schnelles Fahren und zu geringer Sicherheitsabstand die Hauptunfallursachen bei diesen Verkehrsunfällen waren. Eine 1998 durchgeführte 1. Bürgerbefragung in Raststätten und auf Parkplätzen entlang der Autobahnen im Regierungsbezirk Köln hatte zudem ergeben, dass die Menschen eine enorme Angst vor Unfällen mit Lastkraftwagen hatten. Um diese Entwicklung nachhaltig umzukehren und damit auch das Sicherheitsgefühl aller Verkehrsteilnehmer auf den Autobahnen zu steigern, wurde 1999 die Ordnungspartnerschaft „Mehr Sicherheit im LKW-Verkehr“ auf Initiative der Autobahnpolizei der Bezirksregierung

Köln mit unterschiedlichen Behörden, Organisationen und Verbänden (siehe Logos) gegründet. Der Schwerpunkt aller Aktivitäten der Ordnungspartnerschaft lag in der Aufklärung der Unfallursachen und den Möglichkeiten zur Unfallverhinderung. Die vernetzte und zielgerichtete Zusammenarbeit im Rahmen der Ordnungspartnerschaft „Mehr Sicherheit im LKW-Verkehr“ hat sich ausgezahlt. Die negative Unfallentwicklung wurde gestoppt, die Zahl der LKW-Unfälle wurde deutlich gesenkt, wesentlich weniger Menschen wurden verletzt





Ziel der OP
Reduzierung der
LKW-VU um
10 % bis
2004



oder getötet und der volkswirtschaftliche Schaden der LKW-Unfälle konnte beträchtlich verringert werden.

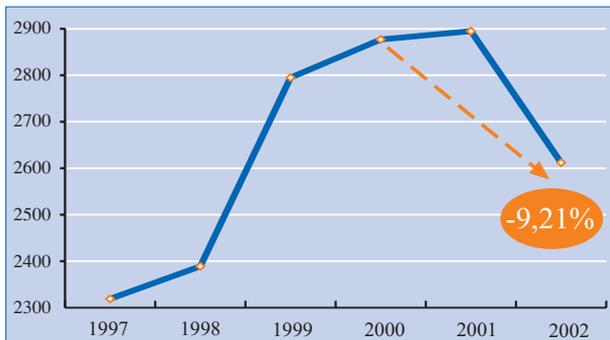
Ein weiteres positives Ergebnis der Ordnungspartnerschaft ist das gegenseitige Verständnis und Vertrauen, das zwischen den Verbänden, den Fahrern und den beteiligten staatlichen Stellen (Polizei, Bundesamt für Güterverkehr und Staatliches Amt für Arbeitsschutz) und allen anderen mitwirkenden Organisationen im Laufe der Jahre gewachsen ist. Dies hat auch Auswirkungen auf das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger. Das bestätigen die Ergebnisse der 2. Bürgerbefragung auf

dem Autobahnring Köln aus dem Jahr 2002. Die Menschen haben weniger Angst vor Verkehrsunfällen durch LKW-Fahrer.

Die Sichtweise aus einem Lkw-Führerhaus kennen zu lernen ist auch ein Ziel der Kampagne „Fa(i)hr mal mit“.

Diese besondere Aktion ist im Rahmen der Ordnungspartnerschaft initiiert worden. Bürger und Bürgerinnen können kostenlos eine beliebig lange Mitfahrt in einem Lkw unter der Rufnummer 0211/7347-814 (VGL Nordrhein) vereinbaren. Unterstützt wird diese Aufklärungsreihe z. B. durch die Weltmeister Wolfgang Overath, Heiner Brand und Sven Ottke.

Entwicklung der LKW-Unfälle auf den Autobahnen rund um Köln nach Beginn der Maßnahmen



Mehr Informationen zum Konzept der Ordnungspartnerschaft „Mehr Sicherheit im LKW-Verkehr“ und weitere Hinweise finden Sie unter

<http://www.polizei.nrw.de/im/wir/ordnungspartner.html>





ORDNUNGSPARTNERSCHAFT

Zivilco

Gewaltprävention i

12



Ordnungspartnerschaft „Zivilcourage“

Streitigkeiten, Rangeleien, Randalen im Schülerverkehr des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) waren an der Tagesordnung. In Einzelfällen kam es auch zu Raubdelikten und Körperverletzungen. Für Verkehrsunternehmen bedeutet der jugendliche Übermut jährlich Kosten in Millionenhöhe. So gab zum Beispiel die Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahnen AG (BOGESTRA) allein im Jahr 1997 in ihrem Betriebsgebiet rund 300.000 € für die Beseitigung und Reparaturen entsprechender Schäden aus. Schüler, Eltern, Lehrer, Politiker und zuletzt auch die Fahrdienstmitarbeiter der BOGESTRA hatten kritische Fragen gestellt und Konsequenzen gefordert.

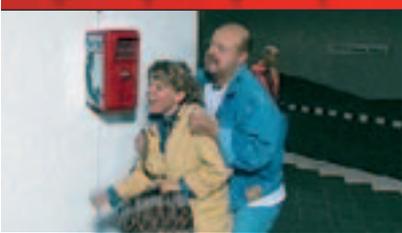
1998 gründeten das Polizeipräsidium Bochum und die BOGESTRA deshalb die Ordnungspartnerschaft „Zivilcourage“. Diese Ordnungspartnerschaft setzte sich das Ziel, die Schulwegsicherheit zu erhöhen und Straftaten durch die Ausbildung von Schülerinnen und Schülern zu Fahrzeugbegleitern deutlich zu reduzieren. Aufbauend auf Erfahrungen der BOGESTRA in Gelsenkirchen

sollten diese Fahrzeugbegleiter mit ihren neu erlernten kommunikativen Fähigkeiten zur Problem- und Konfliktlösung auf Schulwegen und im ÖPNV beitragen. Die betroffene Zielgruppe sollte von Ihnen direkt angesprochen und so schon im Vorfeld Straftaten verhindert werden. Wichtig in diesem Zusammenhang war nicht nur die Ausbildung der Fahrzeugbegleiter. Auch galt es im Sinne einer Förderung der gesamtgesellschaftlichen



urage

m ÖPNV



„Zivilcourage“ auf das Zeugen- und Helferverhalten so Einfluss zu nehmen, dass die Fahrzeugbegleiter bei ihrer Arbeit auch mit einer wirkungsvollen Unterstützung rechnen konnten.

Bisher wurden über 400 Schülerinnen und Schüler an zehn Schulen unterschiedlicher Schulformen zu Fahrzeugbegleitern ausgebildet. Diese Aufgabe haben die BOGESTRA und das Kommissariat Vorbeugung des Polizeipräsidiums Bochum gemeinsam übernommen. Weitere Ausbildungseinheiten folgen. Erreicht wurde dadurch u.a. eine Reduzierung der Vandalismusschäden

in Bussen und Bahnen und Betriebseinrichtungen der BOGESTRA um jährlich 120.000 €. Körperverletzungen und Erpressungen wurden nur noch vereinzelt festgestellt. Die Anzahl der Beschwerden im Bereich Schülerverkehr liegen bei Null. Vom Fahrpersonal gibt es positive Rückmeldungen über die guten Erfahrungen mit dem Projekt.

Ziel des Projektes war es auch Schulungsmaterialien zu schaffen, um das Problem Gewalt bei weiteren Zielgruppen in der Bevölkerung anzusprechen. Zusammen mit Schülerinnen und Schülern einer Bochumer Schule, Polizei und BOGESTRA wurde deshalb ein Videofilm zur Förderung von Zivilcourage konzipiert und gedreht.

Mehr Informationen zum Konzept der Ordnungspartnerschaft „Zivilcourage“ und weitere Hinweise finden Sie unter

<http://www.polizei.nrw.de/im/wir/ordnungspartner.html>





Ordnungspartnerschaft „K!DS IN MG – Sicher unterwegs!“

Im Vergleich der 49 Kreispolizeibehörden zum Thema „Verkehrsunfallstatistik mit Kindern“ nahm Mönchengladbach seit Jahren den schlechtesten Rang ein. Das führte 1999 dazu, dass zwischen der Stadtverwaltung Mönchengladbach und dem Polizeipräsidium eine Ordnungspartnerschaft zur Reduzierung der Kinderunfälle ins Leben gerufen wurde. Zur Unterstützung beider Partner konnte die „Stiftung für Kriminalprävention“ mit Sitz in Münster-Hiltrup gewonnen werden. Sie beauftragte eine Gruppe von Verkehrswissenschaftlern der Ruhr-Universität Bochum sowie Verkehrsingenieure und Umweltpsychologen mit der interdisziplinären Verkehrsunfalluntersuchung. Das Anfang 2000 beschlossene Projekt zur wissenschaftlichen Begleitung erstreckt sich bis zum Jahr 2004.

Diese wissenschaftliche Analyse stützt sich auf alle seit Januar 1995 polizeilich aufgenommenen Verkehrsunfälle mit Kindern. Ergänzend werden Verhaltensuntersuchungen im ganzen Stadtgebiet und umfangreiche

Befragungen von Kindern und Autofahrern zu Verkehrssicherheitsaspekten durchgeführt.

Der gemeinsame Wille die Verkehrssicherheit für Kinder in Mönchengladbach deutlich zu verbessern und die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleituntersuchung bilden die Grundlage der Ordnungspartnerschaft zwischen Stadtverwaltung und Polizeipräsidium Mönchengladbach. Ziel der gemeinsamen Anstrengungen ist es, die Verkehrsdisziplin und die Verkehrsumwelt so umzu-





gestalten, dass sich Kinder auf Mönchengladbacher Straßen wieder sicherer bewegen können. Dieses Ziel soll erreicht werden durch ganzheitliche Maßnahmen, gesteuert durch eine Lenkungsgruppe und umgesetzt in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit, Vorbeugung, Bau- und Verkehrstechnik sowie durch konsequentes Einschreiten von Polizei und Ordnungsbehörde.

Polizei, Stadt und externe Partner treten in der Öffentlichkeit mit dem Slogan „Gemeinsam gegen Kinderunfälle“ auf. Das Maskottchen „Kim“ erleichtert als Sympathieträger der Initiative „K!DS IN MG - Sicher unterwegs!“ die Kontaktaufnahme zu Kindern und Familien und steigert den Wiedererkennungswert.

Nach den ersten erfolgreichen Schritten der Ordnungspartnerschaft zeigt schon ein direkter Vergleich der Jahre 1999 / 2002 eine konkrete Reduzierung der Kinderunfälle um 27 %. Im Bereich der aktiv verunglückten Kinder ist sogar eine Reduzierung von 32 % zu verzeichnen. Ein aktueller Vergleich August 2002 zu August 2003 lässt folgende Entwicklung erkennen: Aktiv verunglückte Kinder minus 20 %, Gesamttrückgang: 25 %.



Mehr Informationen zum Konzept und den Beteiligten der Ordnungspartnerschaft K!DS IN MG - Sicher unterwegs!“ und weitere Hinweise finden Sie unter <http://www.polizei.nrw.de/im/wir/ordnungspartner.html> oder www.kidsinmg.de





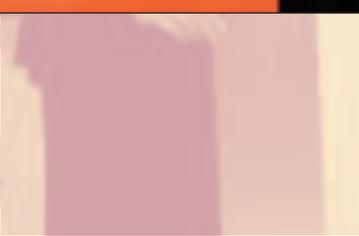
Ordnungspartnerschaft Sicheres Köln – Projekt „Netzwerk gegen häusliche Gewalt“

In Köln waren Opfer häuslicher Gewalt bislang auf eine Vielzahl von teilweise schwach vernetzten Beratungseinrichtungen angewiesen. Eine „Geh-Struktur“ in Form der aufsuchenden Sozialarbeit gab es nicht. Auch eine systematische Koordinierung dieser Beratungsstellen erfolgte nicht. Opfer häuslicher Gewalt hatten folgerichtig Probleme sich in dieser „Beratungslandschaft“ zurecht zu finden. Angesichts der kurzen Fristen bei der Beantragung zivilgerichtlichen Schutzes nach dem Gewaltschutzgesetz war eine sofortige telefonische Kontaktaufnahme mit den Betroffenen häuslicher Gewalt durch eine zuständige Beratungsstelle unbedingt erforderlich. Diese grundsätzlichen Probleme wurden durch die Polizei Köln früh erkannt und in einer Ordnungspartnerschaft aufgearbeitet.

Seit April 2002 arbeitet das Polizeipräsidium Köln mit Behörden und anderen Institutionen sowie verschiedenen freien und kirchlichen Trägern im „Netzwerk gegen häusliche Gewalt“ erfolgreich zusammen. Auf jeder

Rheinseite wurde eine Interventionsstelle sowie eine gemeinsame Hotline eingerichtet. In beiden Interventionsstellen erfolgen Erstgespräche durch den Beratungsdienst mit individueller Erstellung eines Sicherheits- und Hilfeplanes für das Opfer. In akuten Krisensituationen





können Betroffene bei der Hotline eines Frauenaufnahmeheimes auch außerhalb der Dienstzeit beider Interventionsstellen telefonische Beratung bekommen.

Das Kölner Modell zur Unterstützung von Opfern häuslicher Gewalt ist besonders wirkungsvoll. Es übernimmt durch den Rückgriff auf das gesamte Netz Kölner Hilfeorganisationen eine zentrale Verteilungsfunktion. Die Betroffenen häuslicher Gewalt bekommen eine umfassende Information über Hilfeangebote. Eine 24-Stunden-Erreichbarkeit für Opfer sichert Ansprechbarkeit und die Opfer finden so durch die Interventionsstellen schnelle Unterstützung. Mit diesem Modell verfolgt die Ordnungspartnerschaft folgende Ziele: Unterbrechung der Gewaltspirale, Vermeidung von Wiederholungstaten, Klärung und Realisierung eines bedarfsgerechten Hilfeangebotes sowie Vorschläge für eine dauerhafte Kriseninterventions- und Täterarbeit.

Im Laufe eines Jahres vermittelte allein die Polizei Köln an die Interventionsstellen insgesamt 535 Betroffene häuslicher Gewalt. Durch die per Fax erfolgten Vermittlungen der Polizei konnten die betroffenen Frauen zeitnah betreut, beraten und ihre Situation stabilisiert

werden. Auch wurden Opfer erreicht, die bisher von sich aus die Beratungsstellen nicht aufgesucht haben oder nicht wussten, an wen sie sich wenden konnten.

Mehr Informationen zum Konzept der Ordnungspartnerschaft Sicheres Köln – Projekt „Netzwerk gegen häusliche Gewalt“ und weitere Hinweise finden Sie unter <http://www.polizei.nrw.de/im/wir/ordnungspartner.html>





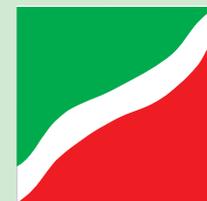
Ordnungspartnerschaften: Gemeinsam zum Ziel

Die Situation in den Innenstädten spielt in der Wahrnehmung von Sicherheit eine wesentliche Rolle. Bürgerbefragungen von Polizeibehörden, Städten und anderen Organisationen zeigen, dass sich Bürgerinnen und Bürger mehr Präsenz und Ansprechbarkeit der zuständigen Behörden wünschen.

Kommt es zu Beeinträchtigungen der Sicherheit in Innenstädten hat dies häufig komplexe Ursachen und Wirkungen. Eine Lösung der Probleme muss deshalb durch gemeinsam abgestimmte und auf die lokalen Bedingungen ausgerichtete Handlungskonzepte möglichst aller Beteiligten diese Komplexität berücksichtigen.

Die Gewährleistung von öffentlicher Sicherheit und Ordnung erfordert den Einsatz sowohl von Ordnungspartnerschaften als auch von Kriminalpräventiven Räten. Eine sinnvolle Strategie muss daher beide Ansätze umfassend berücksichtigen. Kriminalpräventive Räte und Ordnungspartnerschaften wirken komplementär und konkurrieren nicht miteinander.

Ordnungspartnerschaften sind ein Dach, unter dem Aufgaben- und Entscheidungsträger Projekte unmittelbar vereinbaren. Sie sind keine selbständigen Gruppen, sondern eine



Bezeichnung für einen Zusammenarbeitsrahmen, der das Ziel der Verbesserung der objektiven Sicherheit und die Stärkung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bevölkerung verfolgt. Vornehmlich geht es dabei um die kurzfristige Reduzierung von Gefahren im Straßenverkehr, von Brennpunkten der Straßenkriminalität und von so genannten „Angsträumen,“. Dieser Ansatz erfordert also zuerst tatsituativ wirkende Präventions- und Repressionsmaßnahmen konkret bezogen auf die von der Bürgerschaft als bedrohlich empfundenen „Vorbote“ der Kriminalität. Ordnungspartnerschaften sind demgemäß erst in zweiter Linie an der langfristigen und komplexeren Ursachenbekämpfung beteiligt.

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen, dass ein fester Zeitrahmen und eine schriftliche Vereinbarung der gemeinsamen Ziele und der Festlegung von Verantwortlichkeiten und Maßnahmen wesentliche Grundlagen sind. Mit den beteiligten Ordnungspartnern sollten – wo immer es möglich ist – darüber hinaus Verfahren zur Überprüfung der Wirksamkeit der Maßnahmen abgesprochen werden.

Gibt es vor Ort einen Kriminalpräventiven Rat, so kann dieser in die Ordnungspartnerschaft eingebunden werden.

Kriminalpräventive Gremien sind Netzwerke kommunaler sowie staatlicher und nicht-staatlicher Verantwortungsträger, die engagierte Bürger und Vereine in ihre Präventionsarbeit einbeziehen. Sie können als dauerhaft eingerichtete Gremien mit Lenkungscharakter oder als Projektgruppen zur Lösung eines konkreten Problems beitragen.

Die Arbeit der kriminalpräventiven Gremien berücksichtigt neben dem systematischen Aufspüren von Brennpunkten und Strukturen im kommunalen Bereich auch stets die globalen Bedingungen, wie zum Beispiel die zukünftige Bevölkerungsstruktur mit dem immer größer werdenden Anteil älterer Menschen und ihren spezifische Bedürfnissen oder die weltweit wachsende Mobilität der Gesellschaften und ebenso politische und technische Entwicklungen.

Deshalb richtet sich ihre Arbeit nicht in erster Linie auf die kurzfristige Beseitigung von Symptomen, sondern bezieht die Bekämpfung der Ursachen von Kriminalität mit in die konzeptionellen und projektbezogenen Überlegungen ein. Hier kann eine Verbesserung der öffentlichen Sicherheit etwa durch Konzepte einer zeitgemäßen Integration von Menschen in die Gesellschaft nur längerfristig und durch gemeinsame Anstrengungen aller Beteiligten erreicht werden.

Die enge Zusammenarbeit im Rahmen von Ordnungspartnerschaften ist in vielen Städten und Gemeinden institutionalisiert worden. Dies wird von den Beteiligten positiv bewertet. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Behörden und Institutionen gehen motivierter an bestehende Probleme heran, weil sie durch die Beteiligung anderer Ordnungspartner problemnahe und umfangreichere Lösungsansätze verfolgen können. Dies gilt zum Beispiel für offene Drogenszenen, wo nachhaltige Veränderungen nur durch die gemeinsame Arbeit von Polizei, Ordnungs-, Ausländer-, Gesundheits- und Sozialbehörden erzielt werden können.

Die Polizei hat den Erkenntnissen aus Bürgerbefragungen bereits in vielen Bereichen Rechnung getragen und ihre Präsenz durch den Einsatz von Fuß- und Radstreifen erheblich verstärkt. Den Wünschen nach verbesserter Ansprechbarkeit kommt die Polizei insbesondere dadurch nach, dass Beamtinnen und Beamten des Wachdienstes kleine, überschaubare Betreuungsbereiche zugewiesen werden und die Einbindung des Bezirksdienstes in die bürgerorientierte Polizeiarbeit weiter intensiviert wird. So beteiligen Bezirksbeamte die Bürgerinnen und Bürger in ihrem Bezirk regelmäßig an der Sicherheitsarbeit, indem sie zum Beispiel Nachbarschaften eines Wohnblocks oder eines Straßenzuges zu Sicherheitsbesprechungen einladen und über aktuelle Entwicklungen aus polizeilicher Sicht informieren bzw. relevante Probleme aufgreifen.

Nach § 13 OBG führen die Ordnungsbehörden die ihnen obliegenden Aufgaben mit eige eigenen Dienstkräften durch. Demgemäß verfügen die Kommunen in der Regel seit langem für bestimmte ordnungsbehördliche Aufgaben über Vollzugsdienstkräfte, die im Außendienst tätig sind, zum Teil aber auch Büroarbeit verrichten. Solche Kräfte sind beispielsweise mit Aufgaben der Gewerbeüberwachung, Verkehrsüberwachung, Lebensmittelkontrolle, Überwachung von Umweltschutzbestimmungen oder der Parkaufsicht betraut.

Zur allgemeinen, bereichsübergreifenden Gefahrenabwehr im öffentlichen Raum, insbesondere zur Durchsetzung örtlicher Verordnungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, werden durch besondere Dienstkleidung erkennbare Vollzugsdienstkräfte von verschiedenen Städten und Gemeinden erst seit einigen Jahren erfolgreich eingesetzt.

Teilweise wird die Streifentätigkeit von kommunalen Vollzugsdienstkräften allein wahrgenommen, teilweise – soweit gemeinsames Tätigwerden in konkreten Einzelfällen erforderlich ist – in Gestalt gemeinsamer Streifengänge zusammen mit Dienstkräften



der Polizei. Auch bei alleiniger Wahrnehmung durch kommunale Kräfte erfolgt eine enge Zusammenarbeit mit der Polizei (zum Beispiel Lagebeurteilung, Vollzugshilfe). Kommunale Ordnungsdienste mit öffentlich sichtbarer Präsenz stärken das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. Sie können deshalb wertvolle Bausteine kommunaler Ordnungspartnerschaften sein.

Weitere Informationen

- : „Ordnungspartnerschaften in Nordrhein-Westfalen - Mehr Sicherheit in Städten und Gemeinden“ Erlass des Innenministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen vom 9.1.1998 -IV C 2- 600/295 n.v.
- : „Kriminalitätsvorbeugung durch die Polizei“, Erlass des Innenministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen vom 18.8.1993 (SMBL.NRW. 203010), (Kriminalpräventive Räte)
- : Broschüre „Sicherheit in Städten und Gemeinden“ des Innenministeriums
- : Broschüre „Polizei Nordrhein-Westfalen“ des Innenministeriums
- : Leitfaden „Ordnungspartnerschaften in Nordrhein-Westfalen“ des Innenministeriums und des Hauptverbands des Deutschen Einzelhandels
- : Günther, Albert/Mokros, Reinhard (Hrsg.) – Sicherheit in der Stadt – Ordnungspartnerschaften zwischen Land und Kommunen, Grüne Reihe der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Nordrhein-Westfalen, Band 15
- : Ansprechpartner sind die Polizeibehörden und Stadt- oder Gemeindeverwaltungen vor Ort
- : Internet-Angebot des Landespräventionsrates (www.lpr.nrw.de)

Chronik Ordnungspartnerschaften in NRW

Der 24. September 1997 markiert den Start der Landesinitiative „Ordnungspartnerschaften“. Die folgende Übersicht zeigt einige Stationen auf dem Weg, der mittlerweile zu über 840 ordnungspartnerschaftlichen Projekten in 179 nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden geführt hat:

1997

■ 24. September 1997:

Auftaktveranstaltung in Düsseldorf mit einer Konferenz für mehr Sicherheit in Bahnen und Bahnhöfen. Eingeladen sind Polizeipräsidenten und Vertreter der Großstädte in Nordrhein-Westfalen, der Deutschen Bahn AG, der Verkehrsverbände aber auch dem Bundesgrenzschutzes.

1998

■ Januar 1998:

In einer ersten Phase werden in den Großstädten Bielefeld, Dortmund, Hagen, Düsseldorf, Krefeld und Köln Ordnungspartnerschaften modellhaft eingerichtet.

■ 14. Januar 1998:

Gespräch mit den kommunalen Spitzenverbänden über die Einrichtung von Ordnungspartnerschaften; Grundstein für eine erfolgreiche Zusammenarbeit Polizei und Kommunen.

■ 11. März 1998:

Gespräch mit Vertretern der Justiz, der Polizei- und Kommunalbehörden der Modellstädte. Ziel ist die Optimierung der Zusammenarbeit insbesondere im Bereich der Kinder- und Jugendkriminalität.

■ 02. April 1998:

Repräsentantinnen und Repräsentanten der Städte Ahlen, Bad Salzuflen, Dinslaken, Harsewinkel, Iserlohn, Lippstadt, Overath und der Gemeinde Sonsbeck sowie die Vertreterinnen und Vertreter der jeweiligen Kreispolizeibehörden erklären sich bereit, als Modellstädte für den ländlichen Raum die Zusammenarbeit vor Ort in Ordnungspartnerschaften zu gestalten. Kurze Zeit später kommt noch die Stadt Frechen hinzu.

■ 15. April 1998:

Gespräche mit dem Hauptverband des Deutschen Einzelhandels und dem nordrhein-westfälischen Einzelhandelsverband, die aktiv in die Entwicklung von Ordnungspartnerschaften eingebunden sind.

■ 22. April 1998:

Gespräch mit Vertretern des privaten Sicherheitsgewerbes.

■ 5. Mai 1998

Rede vor der Mitgliederversammlung des Bundesverbandes Wach- und Sicherheitsdienste zum Thema „Ordnungspartnerschaften und private Sicherheitsdienste“. Bei klarer Abgrenzung der Aufgaben und Kompetenzen ist die Polizei zu einer Zusammenarbeit mit dem Sicherheitsgewerbe bereit. Gemeinsame Streifen werden aber nach wie vor strikt abgelehnt, damit Verantwortlichkeiten nicht verwischt werden.

■ 26. Mai 1998:

Auf Initiative des Innenministeriums findet im Rahmen der „Rail-tec '98“ das Forum „3.11. Sicherheit im öffentlichen Schienenpersonenverkehr“ statt. Ordnungspartnerschaften werden als besonders geeignet eingeschätzt, mit der Funktion eines Gesamtkonzeptes mehr Sicherheit umsetzen zu können.

■ 19./20. August 1998:

Zweitägiger Kongress „Jugendkriminalität“, der sich damit befasst, Ursachen von Jugendkriminalität zu analysieren, Erklärungsansätze zu finden, Schwachstellen des Sanktionssystems herauszuarbeiten und Lösungen aufzuzeigen, wie Tätern begegnet und Opfern geholfen werden kann. Neben ordnungspartnerschaftlichen Ansätzen natürlich ein weites Betätigungsfeld etwa für die Arbeit Kriminalpräventiver Gremien, die Wissenschaft, Staatsanwaltschaft und Gerichte, Schulen und die Jugendhilfe.

■ 19. Oktober 1998:

Start einer besonderen Ordnungspartnerschaft, und zwar des bundesweit einmaligen Pilotprojektes „ZeRP“ (Zentralstelle für regionales Sicherheitsmanagement und Prävention im Öffentlichen Personennahverkehr). Dahinter verbirgt sich eine Datenbank, in der sicherheitsbedrohliche Ereignisse an Haltestellen, Bahnhöfen und in Bahnen gespeichert werden, um Abhilfe zu schaffen. Hier arbeiten – konzentriert auf die Städte Bochum, Dortmund, Gelsenkirchen, Herne und Witten - die Verkehrsbetriebe, die Deutsche Bahn AG, der Bundesgrenzschutz und die Polizei eng zusammen. Am selben Tag wird auch das vom Landeskriminalamt in Düsseldorf erarbeitete Konzept zur Bekämpfung von Graffiti-Schmierereien vorgestellt. Dieses Konzept setzt dort an, wo am wirkungsvollsten auf potenzielle Sprayer eingewirkt werden kann. In den Familien, Schulen und den Freizeitstätten. Die von der Stadt Essen konzipierte Arbeitshilfe „Graffiti, Sprayen, Sachbeschädigungen“ und die vom LKA NRW entwickelten Faltblätter für „Sprayer, Eltern, Opfer“ sind Teil des Landeskonzeptes.

1999

■ 17. November 1999:

Auf dem Fachkongress „Ordnungspartnerschaften und bürgerorientierte Polizeiarbeit“ tauschen nordrhein-westfälische, belgische und niederländische Behörden in Aachen ihre Erfahrungen und Erkenntnisse aus, die sie im Zusammenhang mit den Anstrengungen zur Verbesserung der gemeinschaftlichen Aufgabenwahrnehmung und bürgerorientierten Polizeiarbeit gewonnen hatten.

2001

■ 06. Juni 2001:

Durchführung eines Fachkongresses in Gelsenkirchen, mit dem Schwerpunktthema „Verbesserung der Sicherheit im Öffentlichen Personennahverkehr“. Im Rahmen des Fachkongresses wurde der „Werkzeugkasten Prävention“ vorgestellt, der unterschiedliche Lösungsansätze für Sicherheitsprobleme im ÖPNV bietet (z.B. Einbindung jugendlicher Fahrzeugbegleiter zur Streitschlichtung bei Gleichaltrigen in Schulbussen).

Als Abschluss der zweijährigen Pilotphase „ZERP“ schlossen die dreizehn Kooperationspartner eine Vereinbarung über die Weiterführung des Projektes.

2002

■ 18.09.2002:

Mit dem in Köln durchgeführten Fachkongress „Ordnungspartnerschaften - Gemeinsam gegen Gewalt- und Jugendkriminalität“ wurden aktuelle Diskussionen zum Thema „Ursachen und Erscheinungsformen der Jugend- und Gewaltkriminalität“ nach den Ereignissen von Erfurt aufgegriffen. Verantwortungsträger von Städten und Gemeinden tauschten ihre Erfahrungen mit regionalen Handlungskonzepten zur Eindämmung oder Auflösung örtlicher Gewalt- und Jugendprobleme aus.

2003

■ 03.12.2003:

Erstmalige Verleihung des Landespreises „Innere Sicherheit“, Ordnungspartnerschaften in NRW – Mehr Sicherheit in Städten und Gemeinden – im Essener Rathausaal. Damit wird allen Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträgern sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Institutionen und Behörden ein Anreiz geboten, ihre Projektideen und ihre Erfahrungen aus Ordnungspartnerschaften untereinander auszutauschen und sie der Öffentlichkeit vorzustellen.

